

Antrag 82/II/2021**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Sexistische und queerfeindliche Steuerformulare diskriminierungsfrei gestalten**

1 Die Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefor-
2 dert, schnellstmöglich die Formulare zur Einkommens-
3 steuererklärung so anzupassen, dass nicht mehr von
4 "Ehemann/Person A" und "Ehefrau/Person B" gesprochen
5 wird, sondern eine vollständig gender- und rollenneu-
6 trale Formulierung genutzt wird. Alle anderen offiziellen
7 Schriftstücke der Steuerverwaltung sollen auf Diskrimi-
8 nierungsfreiheit überprüft und entsprechend angepasst
9 werden.

10 Der aktuelle Aufbau der Steuererklärungen ist nicht mehr
11 zeitgemäß. Weder leben alle Steuerzahler*innen in he-
12 terosexuellen Ehen, noch ist anzunehmen, dass ein Ehe-
13 mann als Hauptverdiener fungiert. Die bestehende For-
14 mulierung ist zutiefst sexistisch und queerfeindlich. Sie si-
15 gnalisiert, dass der Staat nur bestimmte Lebensentwür-
16 fe als gewöhnlich erachtet und macht dadurch alle an-
17 deren Modelle unsichtbar. Es handelt sich nicht um eine
18 rein sprachliche Belanglosigkeit, denn Sprache schafft ein
19 allgemeines Bewusstsein über sich selbst und die soziale
20 Umwelt. Offizielle Schriftstücke, die durch den Staat ver-
21 wendet werden, müssen die Gesellschaft so abbilden, wie
22 sie ist, damit sie zugänglich für alle sind. Unsere Gesell-
23 schaft ist vielfältig und wir sehen es als unsere Aufgabe
24 an, diese Vielfalt zu stärken und allen eine Stimme zu ge-
25 ben.

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die so-
zialdemokratischen Minister*innen der Bundesregierung
werden aufgefordert, schnellstmöglich die Formulare zur
Einkommenssteuererklärung so anzupassen, dass nicht
mehr von "Ehemann/Person A" und "Ehefrau/Person B"
gesprochen wird, sondern eine vollständig gender- und
rollenneutrale Formulierung genutzt wird. Alle anderen
offiziellen Schriftstücke der Steuerverwaltung sollen auf
Diskriminierungsfreiheit überprüft und entsprechend an-
gepasst werden.

Begründung:

Der aktuelle Aufbau der Steuererklärungen ist nicht mehr
zeitgemäß. Weder leben alle Steuerzahler*innen in he-
terosexuellen Ehen oder geteilten Haushalten, noch ist
anzunehmen, dass ein Ehemann als Hauptverdiener fun-
giert. Die bestehende Formulierung ist zutiefst sexistisch
und queerfeindlich. Sie signalisiert, dass der Staat nur
bestimmte Lebensentwürfe als „normal“ erachtet und
macht dadurch alle an